

Thema aktuell

Das Gymnasium – eine attraktive Schulart mit Zukunft

Heute: SPD



von Dr. Stefan Fulst-Blei MdL

Das Gymnasium ist unangefochten die beliebteste Schulart unter den weiterführenden Schulen. Und für die SPD wird das Gymnasium auch zukünftig eine tragende Säule unseres Schulsystems in Baden-Württemberg bleiben.

Die grün-rote Landesregierung hat in der vergangenen Legislaturperiode eine Reihe strukturpolitischer Entscheidungen im Bereich der Bildungspolitik getroffen bzw. treffen müssen. Die Implikationen sind umfassend und nachhaltig. Sie zielen auf den Erhalt eines stabilen, ausgewogenen und möglichst wohnortnahen Schulangebots in allen 44 Stadt- und Landkreisen. Eine Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem war aufgrund stark rückläufiger Schülerzahlen und eines veränderten Schulwahlverhaltens unausweichlich. Die SPD setzt auf die Entwicklung eines zukünftigen Zwei-Säulen-Modells, bestehend aus Gymnasium (erste Säule) und Gemeinschafts- sowie Realschulen (zweite Säule). Im Unterschied zu den integrativen Lernkonzepten der zweiten Säule ist die SPD der Auffassung, dass das Gymnasium weiterhin nur ein einheitlich hohes Leistungsniveau in sämtlichen Fächern anbieten soll. Schülerinnen und Schüler, deren Leistungen oder Leistungspotential diesem Anforderungsniveau nicht entsprechen, erhalten die Möglichkeit, an einer Gemeinschafts- oder Realschule einen Schulabschluss zu erwerben und die Perspektive, auch auf diesem Wege das Abitur anzustreben.

Die Weiterentwicklung der Schullandschaft zu einem etablierten Zwei-Säulen-Modell gilt es in den kommenden Jahren eng zu begleiten. Dies beinhaltet, Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte und Schulträger stets über die aktuelle Entwicklung und die Neuerungen zu informieren und Schulen kontinuierlich die erforderlichen Personalressourcen sowie Fortbil-

dungsangebote zur Verfügung zu stellen. Einer Rückabwicklung oder grundsätzlichen Kursänderung erteilen wir eine klare Absage. Dies würde die Schullandschaft massiv verunsichern und die Qualitätsentwicklung auf Jahre blockieren. Schulen im Land hingegen verdienen Zeit und Ruhe für eine gute Umsetzung der bereits eingeleiteten Reformen. Die Förderung und Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen sollte wieder stärker in den Vordergrund gerückt werden und Schulstrukturdebatten aus den Lehrerzimmern verdrängen.

Die SPD setzt in den kommenden Jahren auf eine weitere Stärkung der Leistungsfähigkeit und Qualität der Schulen. Und entgegen den landläufigen Behauptungen der Opposition haben sich auch an den Gymnasien unter der grün-roten Landesregierung in den letzten Jahren zahlreiche Verbesserungen eingestellt. So wurde die Zahl der Poolstunden von 10 auf 11,7 Stunden erhöht. Der Philologenverband attestiert in seiner Mitgliederzeitschrift von Dezember 2015, dass sich der Unterrichtsausfall an den Gymnasien in den letzten fünf Jahren „*deutlich*“ abgesenkt habe und nur noch „*wenige Schulen in wenigen Fächern*“ überhaupt betroffen seien. In der selbigen Ausgabe wird auch darauf verwiesen, dass die Überstundenbugwelle am Gymnasium massiv abgebaut und binnen fünf Jahren mehr als halbiert wurde. Diese positiven Entwicklungen sind politisch gewollt und resultieren aus der strikten Weigerung der SPD-Landtagsfraktion, dem Abbau von Lehrerstellen bei zunehmenden Herausforderungen zuzustimmen. Und entsprechend überrascht nicht, dass das Gymnasium die weiterführende Schulart mit dem besten Schüler/Lehrerverhältnis ist: Derzeit kommen auf einen Lehrer rund 14 Schülerinnen und Schüler.

Die SPD spricht sich dafür aus, die Gymnasien auch in den kommenden Jahren bei Ihrer pädagogischen Weiterentwicklung zu unterstützen. So möchten wir Gymnasien die Wahlmöglichkeit hinsichtlich der Weiterentwicklung zur Ganztagschule gesetzlich zusichern. Ebenfalls halten wir eine verbesserte Ausstattung zur besseren individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler beim Übergang in die Oberstufe für hilfreich. Eine entsprechende personelle Unterstützung im Umfang von 111 Lehrerdeputaten zum Schuljahr 2016/17 wurde bereits zugesagt. Eine pauschale Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren halten wir hingegen weder für notwendig noch sinnvoll. Eltern, die einen neunjährigen Bildungsgang präferieren, können unter anderen, ebenso attraktiven Wegen wählen. Zugleich gilt es, den bisherigen Weg zum Abitur in acht Jahren auf Schwachstellen zu überprüfen und entsprechende Lösungswege zu unterstützen. Die Suche nach möglichen Wegen einer Verbesserung von Unterrichtsangeboten für besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler, die mit den Vorgaben der KMK vereinbar sind, spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

In Anbetracht der hohen Flüchtlingszahlen und des wachsenden Bedarfs an Lehrkräftenachwuchs zur Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen hat sich die SPD in ihrem Regierungsprogramm dafür ausgesprochen, den Berufseinstieg attraktiver zu gestalten und

Bereitschaft signalisiert, auf eine Absenkung der Eingangsbesoldung zu verzichten. Dies möchten wir in einem Pakt mit dem Beamtenbund vereinbaren. Ferner sprechen wir uns im Falle einer Einstellungszusage auch für eine Weiterbezahlung der Bezüge in den Sommerferien nach Beendigung des Referendariats aus.

Die SPD steht an der Seite des Gymnasiums und hält an der Eigenständigkeit und dessen hohem Qualitätsanspruch fest. Einer Absenkung von Qualitätsstandards erteilen wir eine klare Absage. Wir sind bereit, die erkennbaren Herausforderungen gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern offen zu diskutieren, um eine bestmögliche Lösung zu erzielen.

Anmerkung der Redaktion: Der Beitrag wurde bereits im Februar 2016 eingereicht.